

# Handelsblatt

G O 2531  
NR. 60 / PREIS 2,10 €

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

FREITAG / SAMSTAG  
25. / 26. MÄRZ 2011

Dax 6933.58 +1.90%	Euro Stoxx 50 2909.78 +1.52%	Dow Jones 12170.56 +0.70%	S&P 500 1309.66 +0.93%	Euro/Dollar 1.4176\$ -0.01%	Euro/Pfund 0.8794€ -0.02%	Euro/Yen 114.81¥ +0.02%	Brentöl 115.57\$ +0.50%	Gold 1431.40\$ +0.05%	Bund 10J. 3.245% +0.009PP	US Staat 10J. 3.404% +0.054PP
--------------------------	------------------------------------	---------------------------------	------------------------------	-----------------------------------	---------------------------------	-------------------------------	-------------------------------	-----------------------------	---------------------------------	-------------------------------------

## Wer ist Angela Merkel?

Die Stilllegung von sieben Atommeilern, eine pazifistische Libyen-Politik, der Ausbau des Sozialstaats und eine kostspielige Euro-Rettung: Deutschland wird derzeit links regiert. In der Wirtschaft wächst die Wut auf die Bundeskanzlerin. Ist sie noch eine Konservative?

D. Goffart, G. Steingart  
Berlin, Düsseldorf

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ist keiner, der sich verbiegt. Als er in vertraulicher Runde mit dem Präsidium des BDI zusammensaß, erklärte er den jüngsten Schwenk seiner Kanzlerin mit Wahlkampfaktik. „Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen“, so das BDI-Protokoll, „laste Druck auf der Politik, und die Entscheidungen seien daher nicht immer rational.“ Dann fügte er nach Informationen des Handelsblatts hinzu: „Wir müssen jetzt die nächsten 14 Tage überstehen, damit nicht der allergrößte Unsinn geschieht.“

Auch wenn die Aussagen vom BDI als Protokollfehler deklariert wurden - sie sind genau so gefallen. Der Fehler lag darin, dass es überhaupt ein Protokoll gab.

Vielen Wirtschaftsführern hat Brüderle aus der Seele gesprochen, etwa RWE-Chef Jürgen Großmann. In einem vertraulichen Schreiben an jene Vorstandscheffe, die ihn bei seinem energiepolitischen Appell 2010 unterstützt hatten, sagt er sich von Bundeskanzlerin Merkel los: Die Bundesregierung stehe weltweit mit ihrer Ankündigung allein da, Atommeiler stillzulegen. Es handele sich um „ab-



Bundeskanzlerin Angela Merkel

solut sichere Kraftwerke“, es habe kein Anlass zu übereilem Handeln bestanden. Merksels Energiepolitik „kann massive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland nach sich ziehen“, warnt er.

Der Wahltag am Sonntag ist für Großmann, aber auch für viele andere Wirtschaftsgrößen, Zahltag. In der eigenen Partei hat sich ebenfalls Unheil über Merksels Kanzlerschaft zusammengebracht. Der Zuspruch zur CDU und ihrer Chefin sinkt mit jeder Umfrage. Die meisten ver-

stärken nicht: Wer ist Angela Merkel, und wohin will sie das Land führen? Mit ihrer Enthaltung im Weltsechtersrat bei der Libyen-Resolution hat sie Deutschland isoliert. Aus Protest gegen diese Politik gab Airbus-Chef Thomas Enders gestern sein CSU-Parteibuch zurück.

Den Sozialstaat hat Merkel, entgegen ihren Ankündigungen, nicht reformiert, sondern mit dem Elterngeld ausgebaut. Für die Aufstockung der Euro-Rettungsprogramme fließt jetzt auch erstmals Bargeld - 22 Milli-

arden Euro aus dem Bundeshaushalt - an den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Für die versprochenen Steuersenkungen bleibt kein Geld. Dafür stehe „Europa am Scheideweg zur Transferunion“, sagte der Chef des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, dem Handelsblatt. Sein Fazit: „Von den einstigen Versprechen der Bundeskanzlerin ist kaum etwas übrig geblieben.“

Viele Unions-Abgeordnete können die Wendungen der Kanzlerin nicht mehr nachvollziehen. Merksels Satz, die „deutsche Enthaltung stehe nicht für Neutralität in dieser Sache“, führte in der Bundestagsfraktion zu heftigem Widerspruch. Kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg wächst die Sorge, dass sich die Wähler im Stamm-

land der Konservativen nach 58 Jahren von der bürgerlichen Regierung abwenden. „Unserer Politik fehlt eine Überschrift“, klagt ein führender CDU-Politiker.

Der Chef der Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, schweigt in diesen Vorwahltagen, aber er schweigt wie viele Wirtschaftsführer mit wachsender Verbitterung. Angela Merkel stehen ungemütliche Wochen bevor.

**Versprechen und Realität der Merkel-Politik** Seiten 6-9

HANDELSBLATT EXKLUSIV

### Deutsche Bank verliert einen Spitzenmann

Der Spezialist für vermögende Privatkunden, Johannes Baratta, führt künftig das Deutschland-Geschäft der Credit Suisse.

SEITE 4

### Die Schlagseite der Beluga

Bei der Reederei geht es um Scheinrechnungen, gefälschte Orderbücher und dubiose Zahlungsströme. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den geschassten Gründer Niels Stolberg.

SEITE 20

### Osram soll an der Börse leuchten

Der Münchener Siemens-Konzern will in der kommenden Woche den Börsengang der profitablen Lichttochter beschließen.

SEITE 23

### Berlin springt Anlegern bei

Die Anlagefirma Phoenix prellte 30 000 Kunden. Bei ihrer Entschädigung muss der Bund aushelfen. Er leiht der Branche weitere 141 Millionen Euro.

SEITE 30

### Gefahr für die Weltwirtschaft

Der Ökonom Nouriel Roubini beschreibt in einem Gastbeitrag die Folgen von Aufruhr und Krieg in den arabischen Ländern.

SEITE 72



Handelsblatt GmbH Abbonentenservice  
Tel. 0180 599 00 10 (0,14 €/Min. a. d. dt. Festnetz,  
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.), Fax 0211 887 3605,  
hb.aboservice@vhb.de

Belgien 2,70 € Frankreich 3,20 € Großbritannien 2,90 GBP  
Luxemburg 2,70 € Niederlande 2,70 € Österreich 2,70 €  
Polen 17,50 PLN Schweiz 4,80 CHF Tschechien 110 CSK  
Ungarn 900 FT Slowakei 2,70 €

Polaris/Studio X, Bloomberg, Mart Klein

5 0 0 1 2

4 190253 102104

Handelsblatt

## Der Sinkflug von Air Berlin

Steigende Umsätze, fallende Gewinne: Bislang hat die Fluglinie nicht vom Aufschwung profitiert.

Sich selbst Mut machen und nach vorn blicken - das kann Joachim Hunold, Gründer und Chef von Air Berlin.

Sein „Hauptziel für 2011“ ist ein „positives Betriebsergebnis“, sagte er gestern in Berlin. Seine Stimme klang fest und zuversichtlich.

Dabei kämpft der 61-Jährige um sein Lebenswerk. Zwar konnte Hunold den Umsatz des Unternehmens in den zurückliegenden fünf Jahren um stattliche 130 Pro-

zent auf 3,7 Milliarden Euro steigern - auch dank der einen oder anderen waghalsigen Übernahme.

Doch in der gleichen Zeit ist das Betriebsergebnis mit Ausnahme eines Jahres stetig gefallen, auf zuletzt minus 9,3 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Vom wirtschaftlichen Aufschwung hat Air Berlin, anders als andere Airlines, bislang nicht profitiert.

Ähnlich rasant ist die Talfahrt des Jahresüberschusses: Aus 50 Millionen Euro im Jahr 2006 machte Hunold im vergangenen Jahr ei-

nen Fehlbetrag von 97 Millionen Euro. Und die Probleme werden nicht weniger: Zu den Unruhen in der arabischen Welt, den steigenden Kerosinpreisen und der Luftverkehrsteuer kommen hausgemachte finanzielle Belastungen. Hunold musste 2010 weitere acht Flugzeuge verkaufen und für teures Geld zurückkaufen.

Kein Zweifel: Air Berlin, eine Mischung aus Billigflieger, Netzwerk-Airline und Ferien-Fluggesellschaft, befindet sich im Sinkflug. Das zeigt die finanzielle Bilanz der letzten Jahre.

jkn/sk

Report Seite 60

Joachim Hunold



ANZEIGE

» Gut gemachte Kundenzeitschriften werden gern gelesen. So einfach ist das. «



corps. Corporate Publishing Services GmbH  
Holger Löwe | 0211-54 227-600 | www.corps-verlag.de

# Wer ist Angela Merkel?

Fortsetzung von Seite 1

Wie enttäuscht der Wirtschaftsrat der CDU vom Kurs der Kanzlerin in der Europapolitik ist, kann der Vorsitzende Kurt Lauk kaum verhehlen. Wort für Wort erinnerte er im Gespräch mit dem Handelsblatt an „die gebrochenen Versprechen“ der Kanzlerin: Die Griechenland-Hilfen wollte Merkel zuerst ablehnen, habe dann aber zugestimmt. Außerdem sollten automatische Strafen für Defizitländer eingeführt werden, was jetzt aber als konkrete Formulierung im „Pakt für den Euro“ fehle. Nicht zuletzt wartet Lauk immer noch auf die Beteiligung der privaten Gläubiger am Ausfallrisiko der maroden Staatsanleihen. Auch das Verbot zum Aufkauf von Staatsanleihen und die Begrenzung des Rettungsfonds fehle, obwohl die Kanzlerin die Umsetzung dieser Punkte zugesagt habe.

Wie Lauk fürchtet auch das Centrum für Europäische Politik (CEP) in einem Gutachten für die Haushalts- und Finanzpolitiker der Koalition, dass die dauerhafte Etablierung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus den Weg in eine Transferunion ebne. Außerdem sei der „Pakt für den Euro“ in „seiner Verbindlichkeit kaum zu überbieten“, da er keinerlei Sanktionen vorsehe.

Aus der Wirtschaft mehrten sich ebenfalls die kritischen Stimmen an der Politik der Kanzlerin - von der Nichtteilnahme am Libyen-Einsatz bis zur Steuerpolitik. Die Unzufriedenheit wächst.

Der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Horst Vinken, kritisierte in dieser Woche zentrale Teile der geplanten Steuervereinfachungen. Die angeblichen Vereinfachungen seien in Wirklichkeit zu kompliziert. „Steuererlasse sind in der Regel Kompromisse mehrerer politischer Lager“, sagte Vinken. „Dabei kommt dann etwas heraus, das praktisch nicht anwendbar ist.“

Auch in der Wirtschaft wächst der Ärger. „Wenn Sie uns Familienunternehmer nach der politischen Stimmungslage fragen, so muss ich sagen: Die ist durchweg gedrückt“, sagte Patrick Adenauer, Präsident des Familienunternehmerverbandes, gestern Abend bei einem Empfang seiner Organisation in Berlin. Grund dafür seien unter anderem die Reaktionen auf Ereignisse wie in Japan und Libyen. Sie „wirken auf der einen Seite hysterisch, auf der anderen Seite ohne jede Haltung“, sagte Adenauer. Zu offensichtlich seien sie „getrieben von wahltaktischen Überlegungen“. Adenauer forderte im Namen der Familienunternehmer die Politik dazu auf, „wenigstens für die eigenen Wähler zu seiner Meinung von gestern zu stehen“. Stattdessen würden „die über lange Zeit entwickelten Haltungen und Einstellungen augenscheinlich von jetzt auf gleich über Bord geworfen“. Die Politik könne nicht zulassen, dass grundlegende Entscheidungen ad hoc und ohne breite Debatte getroffen würden.

Experten kritisierten Merkel ebenso dafür, dass sich Deutschland bei der Uno-Resolution enthalten hat. In einem Gastbeitrag für das Handelsblatt schrieb etwa Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur

der Bundeswehr, Anfang der Woche: „Die Begründung, man sei nicht überzeugt, wolle nicht in einen Krieg in Afrika verwickelt werden und man habe deutsche Interessen zu wahren, ist weder stichhaltig noch überzeugend.“ Der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) fand noch deutlichere Worte: „Die deutsche Bundeskanzlerin fährt in der Politik gerne auf Sicht, auf sehr kurze Sicht sogar. Da kann es schon mal vorkommen, dass man sich in der Auffahrt einer Autobahn vertut und auf die falsche Fahrbahn gerät.“

Vor allem seit der abrupten Kehrtwende in der Atompolitik wachsen die Zweifel am Kurs der Kanzlerin. Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Michael Fuchs, sagte: „Ich bin nicht dafür, dass wir jetzt mit fliegenden Fahnen aus der Kernenergie aussteigen. Denn wir haben keine Alternativen. Und wir brauchen Strom - und zwar zu bezahlbaren Preisen.“ Fuchs drängt zudem darauf, dass das dreimonatige Atom-Moratorium keine Vorentscheidung über einen

späteren Einsatz der sieben betroffenen Kernkraftwerke sein dürfe. „Der Beschluss ist eindeutig: Die Reaktoren können nach dem 15. Juni wieder angeschaltet werden, wenn sie die Sicherheitsprüfungen bestehen“, sagte er.

Der Wirtschaftsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Martin Lindner, kritisierte das Atom-Moratorium als „Hauruck-Entscheidung“. Er fürchte, dass keines der sieben betroffenen Atomkraftwerke wieder ans Netz gehen werde. Die daraus resultierende Stromlücke könne kaum geschlossen werden.

Die Wirtschaftspolitiker der Unions-Fraktion gehen ebenfalls auf Distanz zur Kanzlerin. „Hauptziel bei der Neuausrichtung der Energiepolitik muss die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sein“, sagte Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU, dem Handelsblatt. Sollten die Energiepreise steigen, drohe der Verlust von Arbeitsplätzen, und eine solche Entwicklung belaste auch die Sozialkassen. Von Merkels auf dem Leipziger Parteitag 2003 versprochener Wende zu marktwirtschaftlicher Politik ist heute jedenfalls nichts mehr zu sehen. Der Umbau der einkommensunabhängigen Krankenversicherung, der Aufbau der kapitalgedeckten Pflegeversicherung - alle diese Pläne sind in der Schublade geblieben.

Und noch etwas stört viele CDU-Parteifreunde: der zunehmend präsidiale Stil der Kanzlerin. Die wichtigsten Entscheidungen bespricht Merkel in kleiner Runde im Kanzleramt vor. Die Parlamentarier sollen nachher nur noch zustimmen, klagen sie. Vor allem Bundestagspräsident Norbert Lammert mahnt die Regierungschefin zu mehr Transparenz in der Regierungsarbeit. Nach wie vor fühlen sich viele im Bundestag „in den zuständigen Gremien nicht ausreichend formuliert“, schrieb Lammert in einem Brief an Merkel. Mit Blick auf die Verfassung schob der Bundestagspräsident dann noch die Bitte nach, „sicherzustellen, dass die Bundesregierung den Deutschen Bundestag kundig und umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt informiert“.



Angela Merkel, 11. März 2011

**EUROKRISE**  
„Eine Transferunion wird es mit mir nicht geben. Jedes Land ist für seine Schulden selbst verantwortlich.“

Für Helmut Kohl war der Euro eine Herzensangelegenheit. Der Altkanzler setzte die Einheitswährung auf Biegen und Brechen gegen alle innenpolitischen Widerstände auch in der eigenen Partei durch. Doch eines wussten die Deutschen immer: wofür Helmut Kohl europapolitisch steht.

Genau das kann man von Angela Merkel nicht behaupten. Als die Schuldenkrise Anfang 2010 mit Wucht über Euro-Land hereinbrach, outete sich die Kanzlerin erst einmal als Euro-Skeptikerin. Ganz unverhohlen plädierte sie für den Rauswurf

überschuldeter Länder aus der Währungsunion. Notfalls müsse man ein „Land aus dem Euro-Raum ausschließen, wenn es die Bedingungen langfristig immer wieder nicht erfüllt. Sonst kann man nicht zusammenarbeiten“, sagte Merkel am 17. März 2010 im Bundestag. Hilfskredite für Griechenland lehnte sie zu diesem Zeitpunkt ab. Grundsätzlich bestand die Kanzlerin auf der No-Bail-out-Klausel im EU-Vertrag, wonach kein Euro-Staat für die Schulden eines anderen haften darf.

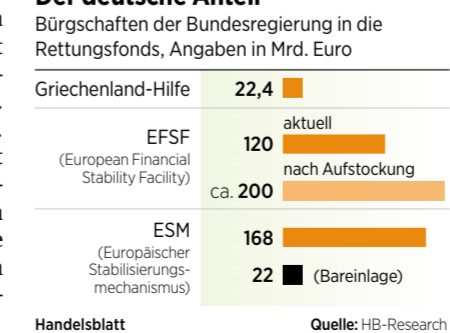
Zwei Monate später war davon keine Rede mehr. Im Mai 2010 beschlossen die

EU-Regierungschefs mit Merkels Einverständnis ein Kreditprogramm von 110 Milliarden Euro für Griechenland und einen 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm für den Rest der Euro-Zone. Im Bundestag erklärte Merkel: „Niemand in Europa wird alleingelassen.“ Und beim Gipfel heute segnen die EU-Chefs den definitiven Euro-Rettungsfonds ab. Kostenpunkt für Deutschland: 22 Milliarden Euro Bareinlage und 168 Milliarden Euro Bürgschaft.

Es war nicht die einzige Volte der Kanzlerin. Auch von einer Euro-Wirtschaftsregierung und regelmäßigen Euro-Gipfeln wollte sie lange Zeit nichts wissen. Damit riskierte man die Spaltung der EU, verkündete sie noch Mitte vergangenen Jahres. Anfang dieses Jahres kam dann die Wende. Plötzlich forderte Merkel gemeinsam mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy vehement, dass die Euro-Staaten im Rahmen eines Wettbewerbsfähigkeitspakts ihre Lohn- und Rentenpolitik koordinieren und mindestens einmal jährlich Euro-Gipfel organisieren.

Der „Pakt für den Euro“ wird heute beim EU-Gipfel beschlossen - ein Triumph für Nicolas Sarkozy. Schließlich hatte Frankreich die Euro-Wirtschaftsregierung immer schon verlangt - und übrigens auch Helmut Kohl. Dem Altkanzler war schon vor der Einführung des Euros klar, dass die Währungsunion am Ende nur im Rahmen einer Politischen Union funktionieren kann. Kohls politische Ziehtochter Merkel hat das mittlerweile auch erkannt - besser spät als nie. rut

### Der deutsche Anteil



### ENERGIE

„Ich will die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke.“

Angela Merkel, 1. Juli 2009

Wenn es einen Markenkern der schwarz-gelben Koalition gab, dann war es der Kampf für längere Kernkraftwerkslaufzeiten. Im Bundestagswahlkampf 2009 hatten Politiker von CDU, CSU und FDP versprochen, den Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün zurückzunehmen. Doch schon der Weg bis zur Laufzeitverlängerung war steinig.

Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist knapp und eindeutig: In einer „möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern“ werde man die Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung schaffen, heißt es dort. Und weiter: „Die Vereinbarung muss für alle Beteiligten Planungssicherheit gewährleisten.“

Die Planungssicherheit ist längst dahin, der eilige Rückzug aus der Kernkraft so gut wie sicher. Den Ausschlag dafür gab - vordergründig - die Katastrophe von Fukushima vor knapp zwei Wochen. Binnen weniger Tage verkündete die Kanzlerin ein dreimonatiges Moratorium für die Laufzeitverlängerung.

Niemand glaubt im Ernst, dass nach der Bedenkzeit eine Rückkehr zum alten Geschäftsmodell stehen wird. Merkel selbst hat zuletzt mehrfach betont, die Zeit nach dem Moratorium werde eine andere Zeit sein als die vor dem Moratorium.

Bereits in den Monaten davor war die Laufzeitverlängerung für die Koalition zu einem mühseligen Geschäft geworden. Ehe Ende 2010 die erforderlichen Änderungen des Atomgesetzes beschlossen waren, hatte es öffentlich ausgetragenen Streit innerhalb der Koalition gegeben. Der Flügel der Umweltpolitiker wehrte sich vehement gegen die Forderungen nach Kernkraftwerkslaufzeiten von bis zu 60 Jahren. Schließlich hielten es die Betreiber für angemessen, einen energiepolitischen Appell in Form ganzseitiger Zeitungsanzeigen zu veröffentlichen. Sie sahen die Gefahr, dass sie am Ende nur einen Scheinseg nach Hause bringen. Immerhin reichte es am Ende für eine Verlängerung der Laufzeiten um durchschnittlich zwölf Jahre - allerdings gegen Bezahlung hoher zweistelliger Milliardenbeträge.

Doch das hat nun keinen Bestand mehr. Für die Betreiber ist die Lage völlig unkalkulierbar geworden. In den Führungsetagen der Unternehmen herrscht Angst. Mittlerweile hält man nichts mehr für ausgeschlossen. Auch nicht, dass Schwarz-Gelb den Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün noch überbietet. str

### AUSSENPOLITIK

„Deutsche Sonderwege sind grundsätzlich keine Alternative deutscher Außenpolitik.“

Angela Merkel, 8. September 2009

Mehr Pathos ging nicht: Abgeordnete und Senatoren versammelten sich in feierlicher Stimmung um Angela Merkel, allen voran US-Präsident Barack Obama. Über eine Stunde lang sprach die deutsche Kanzlerin über die „unverbrüchlichen Beziehungen“ zwischen den USA und Deutschland. Die besondere Verbundenheit, so hob sie im großen Festsaal des amerikanischen Kongresses hervor, finde ihre Grundlage in „einer gemeinsamen Werteordnung“. Das war im November 2009. Die Kanzlerin gab in Washington die umsichtige Weltpolitikerin, die sie gerne sein möchte.

Ihr Besuch war die leibhaftige Verkörperung einer Beteuerung, die sie zwei Monate zuvor von Berlin aus in alle Welt gesandt hatte: „Deutschland steht in dieser Welt in festen Bündnissen und Partnerschaften; deutsche Sonderwege sind grundsätzlich keine Alternative deutscher Außenpolitik.“ Grundsätzlich.

Das Verteidigungsbündnis Nato - aus Sicht der Kanzlerin ist das eine „Klammer des transatlantischen Werteverbundes“. Und natürlich die mächtigste militärische Allianz und der entscheidende Ort für strategische Planungen: „Die Nato muss der Ort sein, in dem die politischen Konsultationen über neue Konflikte geführt werden. Politische und militärische Maßnahmen müssen

zuerst in der Nato diskutiert werden.“ Nato und Europäische Union könnten so zum „Stabilitätsanker der Welt“ werden. Keine Sonderwege, kein Ausscheren aus der Wertegemeinschaft, stattdessen Integration in den Kreis der westlichen Verbündeten - das war die Lektion aus zwei Weltkriegen. Doch die Treuegelübnisse Merkels hielten unter Schwarz-Gelb nicht einmal der ersten Bewährungsprobe stand.

In der Libyen-Frage stellte sich Merkel auf die Seite von China und Russland - auch Deutschland enthielt sich im Welt Sicherheitsrat der Stimme. Dass Deutschland jemals die Position Pekings und Moskaus derjenigen Washingtons, Londons und Paris vorziehen würde, schien bis dahin ausgeschlossen. Doch die für die CDU wichtigen Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sprachen aus Merkels Sicht gegen eine Beteiligung an Militärschlägen gegen Stellungen des libyschen Diktators Gaddafi.

Dabei hatte Merkel im Jahr 2002, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein grüner Außenminister Joschka Fischer aus der Allianz gegen den Irak ausscherten, noch schwerste Vorwürfe erhoben. Schröders und Fischers Ausscheren aus der Allianz, sagte Merkel damals, mache den Krieg „wahrscheinlicher“. rks